

Bundesgeschäftsstelle

Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat
Brunnenstr. 181
10119 Berlin

+49 (0)30 450 89 119
www.bzi-bundesintegrationsrat.de
office@bzi-bundesintegrationsrat.de

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, den 04.05.2023

Pressekontakt: Dr. Nergiz 030 450 89 119

Brandanschlag auf Wahlkreis-Büro des SPD-Abgeordneten und ehemaligen BZI-Vorsitz Karamba Diaby | BZI-Vorsitz-Kilic „Wir verurteilen die Tat aufs Schärfste und stehen in voller Solidarität mit Karamba Diaby MdB“

Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) zeigt sich besorgt über den verübten Brandanschlag auf das Wahlkreisbüro des Bundestagsabgeordneten und ehemaligen BZI-Vorsitzenden Dr. Karamba Diaby in Halle. Der BZI-Vorsitz Memet Kilic erklärt dazu:

„Der Bundestagsabgeordnete und ehemalige BZI-Vorsitzende Dr. Karamba Diaby ist nicht das erste Mal Zielscheibe von Rassisten. Er wurde bereits zuvor mehrfach bedroht und sein Büro angegriffen. Wir verurteilen den versuchten Brandanschlag auf das Schärfste und stehen in voller Solidarität mit ihm.“ Es ist ein Armutszeugnis, dass der Täter sowohl der Polizei auffiel und Strafanzeigen durch Diaby eingeleitet wurden. Wir sind froh, dass niemand zu Schaden kam, fordern aber, dass die Ermittlungen zügig vorankommen.“

BZI-Vorsitzender Kilic verurteilte zugleich die wachsende Zahl von Übergriffen auf Amts- und Mandatsträger*innen, von kommunaler bis zur Bundesebene. Politikschaffende mit einer (sichtbaren) Migrationsgeschichte, im Haupt-, Neben- oder Ehrenamt, seien davon besonders betroffen, so Kilic: „Der starke Anstieg von Übergriffen auf Amts- und Mandatsträger*innen bereitet mir große Sorge, denn politisches Engagement ist für unsere Demokratie elementar und darf durch rassistische Angriffe nicht gefährdet werden.“

Über BZI: Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) besteht seit 25 Jahren und ist die bundesweite Interessenvertretung der Landesorganisationen von kommunaler Integrations-, Migrations- und Ausländerbeiräte in fast allen Bundesländern. Der BZI arbeitet religions-, ethnien- und parteienübergreifend.